
2861/J XXII. GP

Eingelangt am 07.04.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen
an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten betreffend Unternehmungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006.

Österreich wird im ersten Halbjahr 2006 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union innehaben und wird laut Drei-Jahres-Programm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) 2004 bis 2006 eine intensive Behandlung der Themen Wasser, nachhaltige Energie, Konfliktverhütung, Public Private Partnerships, Demographie und Migration in ihren Auswirkungen auf die Entwicklung, Aufbau administrativer Kapazitäten zur verantwortungsvollen Regierungsführung sowie Entwicklung produktiver Kapazitäten in den Entwicklungsländern zu deren schrittweisen Integration in die Weltwirtschaft anstreben.

Da der Vorsitz des Europäischen Rates - die EU-Ratspräsidentschaft - eine maßgebende Rolle bei der Gestaltung der Arbeiten des Organs, insbesondere im Hinblick auf Impulse für das Verfahren bei legislativen und politischen Beschlüssen spielt, ist dies eine wichtige Möglichkeit für Österreich, die EZA-relevanten Themen innerhalb der EU zu forcieren. Hinsichtlich der Organisation von Tagungen und Erarbeitung von Problemlösungsstrategien ist eine entsprechende Handlungsweise zu garantieren bzw. vorausschauend zu setzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Ist es richtig, dass aus den im Drei-Jahres-Programm der österreichischen EZA genannten Themenschwerpunkten besonders die Bereiche Energie und Konfliktbewältigung für die österreichische Ratspräsidentschaft 2006 im Vordergrund stehen werden?
2. Wie weit ist die Organisation der EZA-relevanten Veranstaltungen für die österreichische Ratspräsidentschaft 2006 gediehen?
3. Für welche diesbezüglichen Veranstaltungen gibt es bereits konkrete Pläne (bitte Angabe der Art und Datum der Veranstaltung)
4. Sind die NGOs aus dem EZA-Bereich in die Planung von Veranstaltungen bzw.

Ausarbeitung von themenspezifischen Problemlösungen eingebunden?

5. Wenn ja, welche NGOs sind inwiefern eingebunden (thematische oder administrative Ausarbeitung)?
6. Wenn nein, weshalb nicht?
7. Wie findet die Schwerpunktsetzung für Veranstaltungen im Rahmen der Ratspräsidentschaft statt?
8. In welcher Weise wird das Parlament in diese Veranstaltungen eingebunden sein?
9. Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, damit die Themen der EZA-Veranstaltungen unter österreichischer Präsidentschaft auch nach Ablauf der selbigen weiterhin in der EU behandelt werden und nachhaltigen Niederschlag in der Politik der Union findet?
10. Wie viele zusätzliche Personalposten sind für die Zeit der Präsidentschaft für die Auseinandersetzung mit EZA vorgesehen?
11. Mit welchen Aufgaben soll dieses zusätzliche Personal im Konkreten betraut werden?
12. In welcher Form wird es zu einer Ergebnissicherung kommen?
13. Für welchen Personenkreis können diese Dokumente einsichtig gemacht werden und wie konkret ist dies geplant?